

Netz-Teil

Anke und Daniel Domscheit-Berg

Offene Daten!

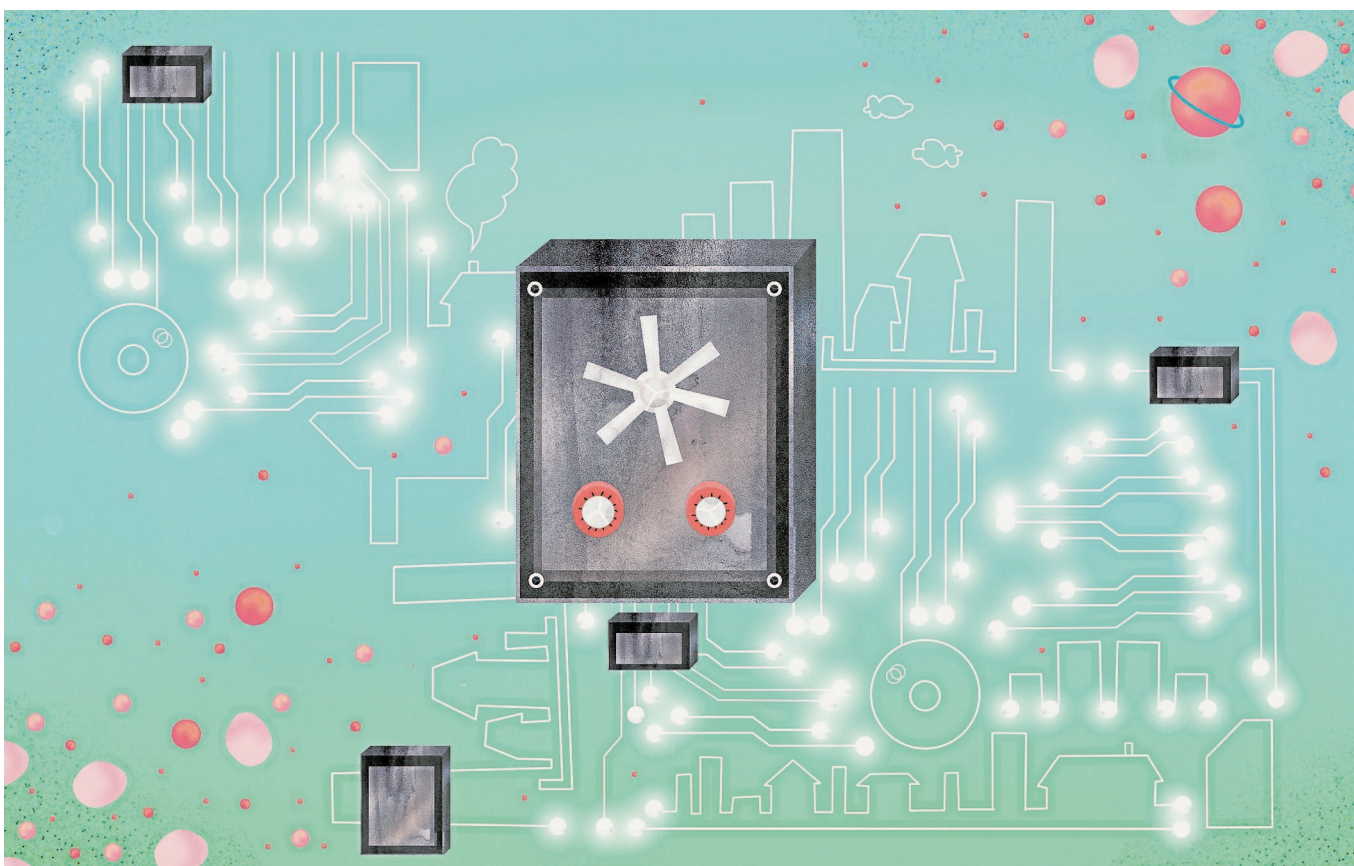


ILLUSTRATION: CAROLIN EITEL, AUTORENBILD: CHRISTIAN VAGT

Die Weltpresse war voll vom Facebook-Skandal, und selbst über den Datenhandel der Deutschen Post an Parteien im Bundestagswahlkampf konnte man überall, sogar im fernen Ausland, lesen. Beides war ein Paukenschlag, der wachrütteln konnte und das auch sollte und dazu führt, dass wir intensiver darüber reden, unter welchen Bedingungen Daten nicht nur von Nutzerinnen und Nutzern digitaler Dienste gesammelt, zu Profilen zusammengeführt, verkauft und zu allen möglichen Zwecken bis hin zur Beeinflussung bei demokratischen Wahlen verwendet werden dürfen, sondern auch die von Bürgerinnen und Bürgern. Denn wie bereits in der vergangenen Kolumne beschrieben, ist ja auch der Staat selbst ein Datensammler in großem Maßstab, der nebenbei als Datenhändler auftritt. Kommunen verdienen jetzt schon Millionen mit dem Verkauf von Meldedaten, die im allerengsten Sinne personenbezogene Daten sind. Das ist angesichts der aktuellen Debatte eine Praxis, die dringend auf den Prüfstand gehört. Stattdessen stellt sich aber der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, vor die Presse und bemüht das ausgelutschte Bild von Daten als Öl des 21. Jahrhunderts, um vorzuschlagen, dass Kommunen nicht weniger, sondern mehr Daten verkaufen sollten. Da ist wohl ein kleiner Zuckerberg-Kapitalist an ihm verloren gegangen. Ausgerechnet jetzt mit diesem Vorschlag zu kommen zeigt, dass die Digitalisierung

und ihre neuen Geschäftsmodelle allzu oft dazu führen, dass der Blick für Werte und die eigene Verantwortung getrübt ist, wenn sich Dagobert'sche Dollarzeichen in den Augen gebildet haben.

Richtig ist, dass auch in Kommunen immer mehr Daten anfallen, die gar nicht personenbezogen sind, und die nützlicher Input für alle möglichen Dienste sein können. Es ist daher durchaus richtig, darüber nachzudenken, was man mit diesen Daten machen kann. Grundfalsch ist jedoch die Schlussfolgerung, diese Daten zu

Geld machen zu wollen. Das Interesse der Kommunen sollte zuallererst ihren Bürgerinnen und Bürgern gelten. Datenverkauf jedoch bedeutet vor allem, dass nur Firmen mit dicker Kriegskasse solche Daten kaufen können und dass sie es nur dann machen werden, wenn sich durch die damit gefütterten Dienste viel Geld machen lässt – also mehr Geld, als die Daten gekostet haben. Es entstehen profitgetrieben neue Anwendungen und Dienste, die auch total nutzlos sein können, aber vielleicht fette Werbeeinnahmen einbringen oder Frieda und Otto Normalnutzer das Geld trickreich aus der Tasche ziehen. Und davon möchte Herr Landsberg also noch mehr?

Grundfalsch ist auch die Annahme, dass der größte Mehrwert von Daten für Kommunen überhaupt ein monetärer ist. Natürlich lassen sich für eine Kommune auf der Basis von Daten auch finanzielle Vorteile gewinnen. Aber dazu muss man sie nicht mal verkaufen. Mit dem Internet der Dinge lassen sich etwa über Sensoren viele Daten generieren, die nicht dazu dienen, Profile von Bürgern zu erstellen, sondern die helfen, kommunale Dienste für die Bürger schlicht besser zu erbringen. Wenn Sensoren in städtischen Mülleimern und Wertstoffsammelcontainern den Füllstand melden, lassen sich übervolle Container und damit Frust bei Bürgern verringern, Recyclingraten erhöhen und Fahrrouten der Entsorgungsbetriebe optimieren. Aber besonders nützlich wird es, wenn man derlei nicht per-

sonenbezogene Daten aus dem kommunalen Alltag einfach offenlegt als Open Data, also maschinenlesbar, und, wo es passt, auch in Echtzeit veröffentlicht. Man könnte sie damit einfach jedem zur Verfügung stellen, der eine gute Idee für die Verwendung hat. So gesehen sind Daten durchaus eine Art Kraftstoff des digitalen Zeitalters. Sie unterliegen allerdings keiner natürlichen Knappheit wie das Öl. Im Gegenteil, der Wert, der aus dieser Art offener Daten geschöpft werden kann, steigt, je mehr innovative Anwendungen auf Basis dieser Daten geschaffen werden können. Innovationspotenzial gibt es überall, nicht nur in den Forschungsabteilungen großer Konzerne. Wer es beschneidet, weil sich Studenten, NGOs oder Kleinstunternehmen den Zugang zu den Daten nicht leisten können, der handelt gegen das Gemeinwohl.

In Helsinki sehen wir, was für Innovationen möglich werden: Dort gibt es die App Whim, die Daten des öffentlichen Nahverkehrs mit Daten privater Anbieter wie Taxis oder Fahrradverleihern verknüpft. Mit dieser App will die Stadt Privatautos überflüssig machen, weil sie optimale Alternativen zur Bewegung von A nach B aufzeigt und sich jede beliebige Kombi bequem damit bezahlen lässt. Solche Dienste sind bürger- und umweltfreundlich und in unser aller Interesse. Niemand sollte ihre Entstehung durch Bezahlschranken verhindern. Davon abgesehen haben wir alle für diese Daten längst gezahlt, denn sie wurden von unseren Steuergeldern finanziert.



Hier schreiben Anke und Daniel Domscheit-Berg, zwei notorische Netzaktivisten, Weltverbesserer, Start-up-Unternehmer und Gemüsebauern, jede Woche über die Welt - digital wie analog, vor allem aber über die Schnittstelle von beidem.